BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB

Berlin, 30. September 2022

Liebe Leserinnen und Leser,

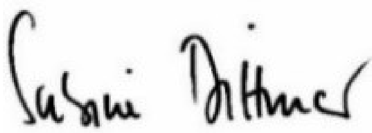
die Folgen von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine bestimmen durch die gestiegenen Preise für Energie und Lebensmittel weiterhin das Leben vieler Menschen hierzulande. Um den Sorgen der Menschen mit kleinen Haushaltseinkommen und insbesondere in kleineren und mittelständischen Wirtschaftsbetrieben entgegenzutreten spannt die SPD-geführte Bundesregierung von Bundeskanzler Olaf Scholz nun einen 200 Milliarden schweren „Abwehrschirm" auf. Dies ist eine Maßnahme von historischer Größe. Neben der Strompreisbremse kommt die Gaspreisbremse! Damit - und mit weiteren energiepolitischen Sicherungsmaßnahmen - wird der Grundstein für eine bezahlbare Energieversorgung im Winter gelegt.

Wir Sozialdemokrat:innen können uns in dieser Woche über einen großen politischen Erfolg freuen, den wir in der Ampelkoalition umsetzen konnten:
Ab diesen Samstag gilt bundesweit der neue Mindestlohn von 12 €. Dies war unser zentrales Wahlkampfversrprechen und dafür haben wir lange gekämpft. Insbesondere Arbeitnehmer:innen im Niedriglohnsektor erhalten durch ihn eine deutliche Verbesserung in ihrer Gehaltssituation.

Ein weiterer sozial- und wohnungspolitischer Fortschritt in dieser Woche war die größte Wohngeld-Reform seit 57 Jahren. Sie trägt eine starke sozialdemokratische Handschrift, denn durch sie soll Menschen mit niedrigen Einkommen gezielt geholfen werden.

Abschließend wünsche ich allen ein erholsames Wochenende und einen guten Tag der Deutschen Einheit. Dieser wird von Bund und Ländern in diesem Jahr in Erfurt begangen.Vielleicht überlegen sich Interessierte aus Unterfranken einen Besuch beim dortigen Bürgerfest? Angesichts der aktuellen Lage in Europa können wir jedenfalls froh und dankbar sein, dass unser Land vor 32 Jahren friedlich wiedervereint werden konnte.

Ihre



In dieser Ausgabe:

Bilder der Woche…………….....…2
Zitat der Woche…...….……...…...2
Podcast der Fraktion……….…......2
Gaspreisbremse……………...……3
Mindestlohn......…………………....3
Wohngeldreforrm…………………4
Brennstoffwechsel erleichtert….....4
Kurzarbeitergeld…………………..5
Tag der Deutschen Einheit………5

Sabine Dittmar, MdB - Platz der Republik 1 – 11011 Berlin – sabine.dittmar@bundestag.de – Tel. 030 / 227-71810
www.sabine-dittmar.com

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB

Am vergangenen Freitag durfte ich nach mehr als zwei Jahren Corona-Pause endlich wieder eine Schüler:innen-Gruppe bei mir in Berlin begrüßen. 75 Schüler:innen und Lehrkräfte aus dem Friedrich-Rückert-Gymnasium in Ebern nutzten ihren Besuch in Berlin auch für einen Abstecher in den Bundestag. Wir hatten eine lebhafte und engagierte Diskussion über gesundheitspolitische Themen und Fragestellungen. Die Stunde war leider viel zu schnell vorüber.

Bilder der Woche

2

Am Montag hatte mich der Bremer Senat in die Landesvertretung eingeladen. Gemeinsam mit den Senator:innen und Bürgermeister Andreas Bovenschulte gab es einen Austausch über gesundheitspolitische Themen. Im Fokus standen dabei die Belastungen der Krankenhäuser durch die Energiekrise.

Zitat der Woche

„Die Preise für Energie müssen runter – das ist unsere ganz entschiedene Überzeugung. Dafür wird die Bundesregierung alles tun. Damit alle gut zurechtkommen und die Preise bezahlen können.“

Bundeskanzler Olaf Scholz
bei der Pressekonferenz zur Ankündigung des Abwehrschirms am Donnerstag, 29. September

Lage der Fraktion - der Podcast

Die SPD-Fraktion gibt es auch zum Hören. Die „Lage der Fraktion“ ist die sozialdemokratische Gesprächsrunde zur Bundespolitik: Was haben wir vor? Was bringen wir voran? Und wo hakt es vielleicht auch noch? In meinem Newsletter stelle ich Ihnen die jeweils neueste Folge vor.

Wer reinhören will: Zum Podcast geht es hier oder mit einem Klick aufs Bild!

Wirtschaft und Energie

Gaspreibremse kommt!

Die Ankündigung der Gaspreisbremse in dieser Woche ist ein vertrauensbildendes Signal an Einkommensschwache und Klein- und Mittelbetriebe

Die SPD-geführte Bundesregierung von Bundeskanzler Olaf Scholz spannt angesichts der steigenden Energiepreise einen 200 Milliarden schweren „Abwehrschirm“, mit dem die Menschen und Unternehmen in Deutschland sicher durch den Winter kommen sollen. Neben der Strompreisbremse kommt die Gaspreisbremse.

„Die Preise müssen runter“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz am Donnerstag. Dafür werde die Bundesregierung alles tun. Es gehe darum, dass Rentnerinnen und Rentner, Familien, Handwerksbetriebe und Industrie die Preise bezahlen könnten. Die nun vorgestellten Pläne versetzten die Regierung in die Lage, auf die vorgesehene Gasumlage zu verzichten. Die Umsatzsteuer auf Gaslieferungen soll dennoch wie geplant von 19 auf sieben Prozent gesenkt werden. Die Unternehmen sind dazu angehalten, die Steuersenkung in vollem Umfang an die Verbraucher:innen weiterzugeben. Es geht nun darum, zügig und für alle schnell feststellbar, die Preise für die Energie zu senken.

Der Kanzler stellte klar, dass Russland seine Energielieferungen als Waffe einsetze. Spätestens seit den Beschädigungen an den Pipelines in der Ostsee könne man daher sagen, dass auf absehbare Zeit kein Gas mehr aus Russland nicht mehr geliefert werde.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, eine Bremse beim Wärmemarkt und insbesondere beim Gasmarkt auf den Weg zu bringen. 200 Milliarden Euro und drei Entlastungspakete im Wert von 100 Milliarden Euro sind auf den Weg gebracht worden. Daran sieht man, dass wir die Sorgen der Verbraucher:innen aber auch der Unternehmen aufzugreifen. Eine Kommission wird in kürzester Zeit konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung der Gasumlage machen.

Arbeit und Soziales

12€ Mindestlohn

Zum 1. Oktober steigt der Mindestlohn auf 12 Euro. Damit lösen wir ein zentrales Versprechen unseres letzten Wahlkampfes ein. Von der Erhöhung profitieren über sechs Millionen hart arbeitende Menschen und vor allem Frauen.

Von der eigenen Arbeit leben zu können, ist eine Frage der Gerechtigkeit und des Respekts. Die SPD ist für eine soziale Politik angetreten, die konkret bei den Menschen ankommt.12 Euro Mindestlohn bedeutet im Oktober 2022 eine unmittelbare Lohnerhöhung für Millionen Beschäftigte. Insbesondere werden ein Drittel der beschäftigten Frauen profitieren. Besonders Berufsgruppen mit geringer Tarifbindung, in denen oft weniger bezahlt wird erhalten nun eine deuliche Gehaltserhöhung. Dazu zählen beispielsweise Körperpflege, Floristik, Landwirtschaft, Gastronomie, Reinigung und Einzelhandel. Der höhere Mindestlohn kommt vielen Beschäftigten in Branchen zugute, die in der Pandemie hohen arbeitseinsatz gebracht haben oder besonders von Einschränkungen betroffen waren. Der gesetzliche Mindestlohn war und ist kein Eingriff in die Tarifautonomie. Der Mindestlohn war im Gegenteil notwendig geworden, weil sich immer mehr Arbeitgeber aus der Tarifbindung und damit der Verantwortung für gute Löhne für gute Arbeit zurückgezogen ha-

ben. Die Tarifbindung ist dramatisch gesunken: von 74 Prozent in den 90er Jahren auf 53 Prozent der Beschäftigten, die in einem tarifgebundenen Betrieb arbeiten. In Ostdeutschland liegt die Tarifbindung sogar nur bei 43 Prozent. Unser Einsatz für höhere Löhne, mehr Tarifbindung und Tariftreue geht daher unvermindert weiter.

Wohnen und Soziales

Mehr Wohngeld für mehr Berechtigte

Mit der größten Wohngeld-Reform seit 57 Jahren soll Menschen mit niedrigen Einkommen gezielt geholfen werden

Viele Menschen machen sich Sorgen, ob sie ihre hohen Wohnnebenkosten zahlen können. Damit im Winter keiner in der kalten Wohnung sitzt, wird das Wohngeld verdoppelt – und der Kreis der Berechtigten verdreifacht. Künftig werden durch eine dauerhafte Heizkostenkomponente zudem die Energiekostensteigerungen aufgefangen. Erstmals wird außerdem eine Klimakomponente eingeführt, die Klimaschutzmaßnahmen im Bestand und Neubau auf das Wohngeld anrechnet. Das Kabinett hat den entsprechenden Gesetzesentwurf beschlossen - nun muss er noch vom Bundestag beraten und verabschiedet werden.

Das Wohngeld hilft Menschen mit wenig Einkommen, die Miete zu stemmen. Einfach und unbürokratisch. Wer Wohngeld beziehen möchte muss, anders als bei Transferleistungen, nur wenige Informationen an das Wohngeldamt geben.

Damit jede und jeder gut durch den Winter kommt, weitet die Bundesregierung den Empfängerkreis drastisch aus. Künftig haben zwei Millionen Haushalte Anspruch auf Wohngeld – drei Mal so viele wie bisher.

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss bezahlbar bleiben. Künftig werden noch mehr Rentnerinnen und Rentner, Familien und Geringverdienende Wohngeld erhalten können. Wir bringen die Wohngeldreform umgehend auf den Weg. Ziel ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger ab dem 1.1.2023 das neue Wohngeld Plus beantragen können.

Energiepolitik

Unkompliziert auf andere Brennstoffe umsteigen

Auf Gas angewiesene Industrie-Unternehmen können unkompliziert auf andere Brennstoffe umsteigen: Die Genehmigungsverfahren von Anlagen werden beschleunigt.

Laut Bundesnetzagentur ist die Gasversorgung in Deutschland trotz massiv verringerter Lieferungen durch Russland stabil. Eine Verschlechterung der Lage kann allerdings nicht ausgeschlossen werden.

Damit Kraftwerke und Industrie, die auf Gas angewiesen sind, unkompliziert auf andere Brennstoffe umsteigen können, hat der Bundestag die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes beschlossen. Das Gesetz sieht vor, dass die für den Brennstoffwechsel notwendigen Genehmigungsverfahren von Anlagen beschleunigt werden. Die Zulassung für die Errichtung einer Anlage soll künftig bereits vor Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen.

Erstmals soll – sofern europarechtlich erlaubt – auch der vorläufige Betrieb einer Anlage möglich sein. Der Zeitraum zur Erhebung von Einwänden gegen eine Genehmigung wird

von zwei auf eine Woche verkürzt. Des Weiteren kann auf Antrag des Betreibers auch von den Regelungen zu Lärm und Luft abgewichen werden. Auch bereits begonnene Genehmigungsverfahren sollen rückwirkend von diesen Verfahrenserleichterungen profitieren.

Arbeit und Soziales

Kurzarbeitergeld

Vereinfachter Zugang wird verlängert. Angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Lage werden die Sonderregeln zur Kurzarbeit verlängert. Zudem werden Prämien zum Inflationsausgleich von Abgaben befreit.

Aufgrund des fortdauernden kriegsbedingten unsicheren wirtschaftlichen Lage wird dafür gesorgt, dass Arbeitnehmer:innen und Unternehmen auch in den kommenden Monaten Planungssicherheit haben. Deshalb können auch nach dem 30. September 2022 Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld kurzfristig getroffen werden. Zuletzt hatte die Bundesregierung Mitte September beschlossen, den vereinfachten Zugang zum Kurzarbeitergeld um drei Monate bis zum Ende dieses Jahres zu verlängern. Somit wird der Arbeitsmarkt gestützt und weiterhin Arbeitsplätze gesichert. Das Kurzarbeitergeld hat sich als Mittel bewährt, um auf außergewöhnliche Lagen des Arbeitsmarktes flexibel und schnell reagieren zu können.

Zudem hat der Bundestag beschlossen, Inflationsausgleichsprämien, die die Arbeitgeber an ihre Arbeitnehmer:innen auszahlen, von Abgaben zu befreien. Leistungen der Arbeitgeber zum Ausgleich der Belastungen aus der Inflation werden bis zur Höhe von 3.000 Euro steuerfrei gestellt. Diese Steuer- und Abgabenbefreiung gilt befristet bis zu 31. Dezember 2024.

Tag der Deutschen Einheit

Festakt und Bürgerfest in Erfurt

In diesem Jahr ist Thüringens Landeshauptstadt Erfurt Gastgeber des Tages der Deutschen Einheit.

Erfurt war Schauplatz eines besonderen Moments in der deutsch-deutschen Geschichte: Als Willy Brandt beim ersten Besuch eines westdeutschen Bundeskanzlers in der DDR im „Erfurter Hof“ ans sprichwörtliche Fenster trat, war das für viele Menschen auf beiden Seiten der Grenze ein wichtiges Zeichen der Hoffnung. Am 3. Oktober können wir in Erfurt das Wunder der Friedlichen Revolution und die geglückte Wiedervereinigung feiern. Es liegt an uns, das Vermächtnis derer, die 1989 mit sehr großem Mut in der DDR auf die Straße gingen, weiter mit Leben zu füllen und weiter gemeinsam daran zu arbeiten, zu einer echten Einheit zusammenzuwachsen.
Alle Informationen zum Einheitstag sind hier zu finden:
https://www.tag-der-deutschen-einheit.de/